



## Sofortprogramm: Schleswig-Holstein muss wieder sozial regiert werden

In Schleswig-Holstein muss sich etwas ändern. Es ist nicht die Zeit, um Kurs zu halten. Wir müssen neue Wege gehen. Anders werden wir die vorhandenen Probleme nicht lösen können:

- Unser Land verfehlt seine Klimaziele.
- Wir haben die niedrigsten Löhne aller westdeutschen Bundesländer.
- Mieten und Grundstückpreise steigen immer weiter.
- Noch immer mangelt es in den Schulen an digitalen Geräten.
- Als einziges Land im Norden muss man bei uns noch Gebühren für die Grundbetreuung in Kitas und Krippen zahlen.

Die CDU-geführte Landesregierung tut nichts dagegen. Sie verschärft sogar die vorhandenen Probleme durch das Streichen der Mietpreisbremse, das Stoppen des Windkraftausbaus und die Abschaffung des Tariftreue-Gesetzes. All das zeigt: Schleswig-Holstein muss wieder sozial regiert werden. Das ist die Kernkompetenz der SPD. Wir werden unsere Heimat sozial, digital und klimaneutral machen.

Die Lösungen müssen zur Größe der Probleme passen. Dazu sind wir bereit. Angesichts der stark steigenden Preise darf sich eine Landesregierung nicht einfach zurücklehnen und auf den Bund zeigen. Auch wir können Menschen entlasten. Dafür machen wir konkrete Vorschläge.

Für unsere politischen Antworten erfahren wir viel Unterstützung. Denn laut einer repräsentativen Umfrage durch das Institut INSA wissen wir, dass 76 Prozent der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner wollen, dass unser Land sozialer regiert wird. Und auch bei unseren konkreten Vorschlägen haben wir die Mehrheit der Menschen im Land an unserer Seite.

Thomas Losse-Müller und die SPD haben einen Plan für die Zukunft unseres Landes. Schleswig-Holstein kann und muss sozialer, wirtschaftlich erfolgreicher und ökologischer regiert werden. Dafür werden wir bereits in den ersten 100 Tagen klare Signale setzen. Folgende Maßnahmen werden wir unmittelbar nach Regierungsübernahme umsetzen.



## **Unser Sofortprogramm**

- 1. Wir werden einen Kita-Gipfel durchführen, bei dem wir die Umsetzung der gebührenfreien Grundversorgung in den Kitas vereinbaren. Im Ergebnis werden Familien mit zwei Kindern in Krippe oder Kita dadurch um 2.500 Euro im Jahr entlastet. Außerdem werden wir in Absprache mit den Akteuren im Land eine Fachkräfteoffensive starten.
- 2. Die Modernisierung der Schulen werden wir sofort angehen. Dafür legen wir ein Konzept für die Unterstützung der Schulen bei der Digitalisierung vor. Und wir bringen die erste große Bestellung von digitalen Endgeräte für Schülerinnen und Schülern auf den Weg.
- 3. Wir werden Verordnungen zur Mietpreisbremse und zur Kappungsgrenze in Kraft setzen und damit den starken Anstieg der Mieten aufhalten. Wir werden ein Wohnraumschutzgesetz vorlegen, um Vermieter von Schrottimmobilien zu Sanierungen verpflichten zu können.
- 4. Wir werden ein Fairer-Lohn-Gesetz vorlegen, um sicherzustellen, dass künftig nur Unternehmen Aufträge vom Land erhalten, die auf dem Niveau von branchenüblichen Tariflöhnen zahle.
- 5. Wir werden einen Pakt für die Flüchtlinge aus der Ukraine nach Vorbild unseres Paktes von 2015 erarbeiten, um alle gesellschaftlichen Akteure von Wohnungswirtschaft über Wohlfahrtsverbände bis Kommunen bei der Lösung der gemeinsamen Aufgabe einzubinden.
- 6. Wir werden ein Konzept für einen Klimaplan vorlegen, der Schleswig-Holstein bis 2040 klimaneutral macht und messbare, konkrete Ziele enthält.
- 7. Wir gründen eine Landesinfrastrukturgesellschaft, die gemeinsam mit den Kommunen und den Unternehmen im Land E-Ladesäulen und neue Wärmenetze bauen soll.
- 8. Die Tragfähigkeit der aktuellen Windplanung werden wir evaluieren, da es bereits heute klare Signale gibt, dass die ausgewiesenen Flächen gar nicht geeignet sind, um die Ausbauziele zu erfüllen. Hier drohen Fehlplanungen, die uns um Jahre zurückwerfen können.
- 9. Wir werden die verschiedenen Erfahrungen im Land mit Pilot- und Modellprojekten als Vorläufer der Vor-Ort-für-Dich-Kraft auswerten und gemeinsam mit Kommunen, Trägern, Wissenschaft und Praxis ein Umsetzungskonzept vorlegen.
- 10. Wir werden den Prozess der Landesentwicklungsstrategie neu starten.

